

"Suche nach einem Haushaltskompromiss im Mittelpunkt des Edinburger Gipfels" in Le Monde (14. Dezember 1992)

Legende: In einem Kommentar der zwei Tage zuvor verabschiedeten Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Edinburgh berichtet die französische Tageszeitung Le Monde am 14. Dezember 1992 über die Schwierigkeiten, einen Kompromiss zur Finanzierung des Gemeinschaftshaushalts in den folgenden sieben Jahren zu finden.

Quelle: Le Monde. dir. de publ. Lesourne, Jacques ; RRéd. Chef Colombani, Jean-Marie. 13.-14.12.1992, n° 14.892; 49e année. Paris: Le Monde. "La recherche d'un compromis budgétaire a dominé le sommet d'Edimbourg", auteur:Lemaitre, Philippe; Tréan, Claire , p. 1; 5.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/suche_nach_einem_haushaltskompromiss_im_mittelpunkt_des_edinburger_gipfels_in_le_monde_14_dezember_1992-de-dffcf051-5dd8-4202-b05a-b0aoca20bc00.html



Publication date: 05/07/2016

Suche nach einem Haushaltskompromiss im Mittelpunkt des Edinburgher Gipfels

Am Samstag, den 12. Dezember versuchten die Staats- und Regierungschefs der zwölf Mitgliedstaaten in Edinburgh, sich auf einen Kompromiss für den Gemeinschaftshaushalt der nächsten sieben Jahre zu einigen. Dieser Haushalt, mit dem zugleich Landwirtschaft, Forschung, Industriepolitik, Sozialwesen, Hilfe für Drittstaaten sowie Subventionen für die vier "armen" EWG-Länder (Spanien, Portugal, Irland, Griechenland) finanziert werden sollen, gab Anlass zu heftigen Rechnereien. Gleichwohl konnten die zwölf Mitgliedstaaten Fortschritte verzeichnen, was die Regelung der dänischen Frage angeht. Der Wortlaut des Kompromissvorschlags dürfte so verbindlich sein, dass die Dänen im Maastricht-Vertrag keine Bedrohung ihrer Unabhängigkeit bei der Währungs-, Verteidigungs- und Einwanderungspolitik sehen können. Damit dürfte er die bereits erfolgten Ratifizierungen nicht in Frage stellen.

Maastricht wieder in Gang bringen

EDINBURG

von unseren Sonderkorrespondenten

Der Schein trog nicht: Die überschwänglichen Glückwünsche der Delegationen an die Briten für die Arbeit im Rahmen des Ratsvorsitzes waren ein sicheres Zeichen dafür, dass sich die Stimmung unter den Zwölf schon bei Beginn des europäischen Gipfels am Freitag, den 11. Dezember gewandelt hatte.

Edinburgh sollte den ausgiebigen Beschimpfungen, welche die gemeinschaftlichen Beziehungen seit mehreren Wochen kennzeichneten, endgültig ein Ende setzen.

Alle Beteiligten benötigen ein positives Ergebnis des Edinburgher Gipfels – wenn auch nicht um jeden Preis. Doch angesichts des entschlossenen Widerstandes von Felipe Gonzalez (*Le Monde* vom 12. Dezember) hatte der Europäische Rat am Samstag noch die Einigung über den schwierigsten Tagesordnungspunkt auf dem Programm – den Gemeinschaftshaushalt für die nächsten Jahre.

[...]

Das "Delors Paket II"

Die Kontroverse über die Haushaltsgestaltung der Gemeinschaft in den nächsten Jahren – das so genannte "Delors Paket II" – hatte am Freitag kaum begonnen. Nach dem von der Kommission vorgeschlagenen Fahrplan legen die Zwölf den Haushalt künftig für einen Zeitraum von sieben Jahren fest (1993-1999). Bei der ersten Verhandlungsrunde begnügten sich die Staats- und Regierungschefs damit, ihren traditionellen Standpunkt bezüglich des Ausmaßes zusätzlicher Anstrengungen zu wiederholen und bestanden dabei nacheinander auf den Problemen, die ihnen besonders am Herzen liegen.

So unterstrich François Mitterrand noch einmal die Bedeutung, die er einer vollen Finanzierung der reformierten gemeinsamen Agrarpolitik beimisst. Ebenso sprach sich der Staatspräsident für eine beträchtliche Erhöhung der gemeinschaftlichen Forschungskredite aus – unter besonderer Berücksichtigung der europäischen Projekte im Bereich des hochauflösenden Fernsehens (HDTV). Was die Hilfe für die strukturschwächsten Regionen angeht, forderte er seine Amtskollegen auf, die problematischen „Randzonen“ der Gemeinschaft nicht zu vergessen. Für Frankreich sind dies die überseeischen Gebiete und Departements, die traditionell bedeutende Empfänger von Strukturfonds sind.

Doch abgesehen von diesen *shopping lists* blieben die Standpunkte – nach Auffassung des spanischen Finanzministers Carlos Solchaga – weit voneinander entfernt. Die jüngsten Vorschläge des britischen Ratsvorsitzes, die im Vergleich zu den Vorigen nur kosmetische Änderungen aufweisen, wurden von den vier ärmsten Ländern der Gemeinschaft (Spanien, Griechenland, Irland und Portugal) als Provokation

empfundener; letztere fordern einen schrittweisen Ausbau der Solidarität zu ihren Gunsten.

Schaffung eines Investmentfonds

Nach wie vor sprechen sich die Engländer dafür aus, dass 1999 max. 1,25 % des BIP für die Eigenmittel der EWG abgeführt werden dürfen – verglichen mit 1,20 % im Jahre 1992. Dagegen empfiehlt die Kommission, deren ersten – großzügigeren – Vorschläge nach unten korrigiert wurden, eine Höchstgrenze von 1,30 %, was von den vier strukturschwächsten Ländern als absolutes Minimum betrachtet wird. Doch damit ein Konsens zu Stande kommt, werden sie sich zweifellos mit weniger begnügen müssen.

Ohne einen Betrag festzulegen, erklärte Mitterrand seine Bereitschaft, sich einer mittleren Position zwischen dem Vorschlag der Kommission und dem der britischen Präsidentschaft anzuschließen. Diesen Standpunkt vertreten mehrere Regierungschefs. Bleibt die Frage, ob dies auch für Helmut Kohl zutrifft, der sich gestern eng an den britischen Vorschlägen orientierte. Der Regierungssprecher des Elysee-Palastes, Jean Musitelli, signalisierte ein Einverständnis, doch deutsche Regierungssprecher Dieter Vogel wollte sich in seinen Erklärungen nicht festlegen und übte am Freitag große Zurückhaltung. John Major wiederum machte nicht die geringsten Anstalten, sich der Position seiner Partner anzunähern.

Nach Auffassung der meisten Beobachter (insbesondere aus dem Umfeld von Jacques Delors) wird er diesen Kampf Schritt für Schritt führen und dann im letzten Moment doch noch nachgeben, um eine folgenschwere Niederlage für den Europäischen Rat zu verhindern. In einem solchen Fall wäre insbesondere die rasche Aufnahme von Verhandlungen zur Erweiterung der Gemeinschaft um Beitrittsländer aus der Europäischen Freihandelszone (EFTA) gefährdet, an der Deutsche und Briten gleichermaßen interessiert sind.

Darüber hinaus haben die Staats- und Regierungschefs das Projekt einer "Europäischen Wachstumsinitiative" sehr begrüßt. Hierbei geht es darum, einen europäischen Investmentfonds über 2 Milliarden Ecu aufzulegen, mit dem Investitionen abgesichert werden können – und zwar insbesondere Infrastrukturprojekte privater Unternehmen. Dem belgischen Finanzminister Philippe Maystadt zufolge erwarten Experten, mit dem Fonds zusätzliche Investitionsmittel von 20 Milliarden Ecu zu erwirtschaften.

Außerdem wurde beschlossen, 6 Milliarden Ecu – die entweder von der Europäischen Investitionsbank (EIB) oder über eine gemeinschaftliche Anleihe beschafft werden sollen – für ein Programm zum Aufbau großer europäischer Verkehrs- und Telekommunikations-Infrastrukturen bereitzustellen. Die am Freitag zusammengetretenen Finanzminister der Zwölf sprachen sich für die EIB, die Kommission dagegen für eine Anleihe aus.

PHILIPPE LEMAITRE und CLAIRE TRÉAN